

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tageblatt, Dresden 21.38. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen, hat der Bezueher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwanngeweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontenzfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlächtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 227

Montag, den 29. September 1930

82. Jahrgang

Reichsnotopfer auf 5 Prozent erhöht

Kürzung auch der Kriegsbeschädigtenbezüge

Rechtsregierung in Braunschweig — Wachsende Einsicht in Amerika — Hitler-Artikel in der Hearst-Presse

Die Frage der Kürzung der Beamtengehälter war auch in den letzten Sitzungen Gegenstand der Verhandlungen des Reichskabinetts, neuerdings in der Form eines Kompromisses zwischen einer Erhöhung des Notopfers von 2½ auf 5 Prozent und einer Art Gehaltskürzung. Wie man weiter erfährt, soll das Reichsarbeitsministerium die Unterfützung der Kriegsteilnehmer ohne vorausgegangene Verhandlungen verkürzt haben, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober ab, so daß die Opfer des Krieges am bevorstehenden Monatsersten eine Ueberraschung erleben werden.

Nationalsozialisten

in der braunschweigischen Regierung.

Der zweite Minister ein Deutschnationaler Braunschweig. Die Verhandlungen zwischen der Landtagsfraktion des Bürgerblocks und den Nationalsozialisten über eine Regierungsbildung haben zu einer Einigung geführt. Das Kabinett, das bisher aus drei Mitgliedern bestand, soll in Zukunft nur aus zwei Ministern bestehen. Hierfür wird von bürgerlicher Seite der frühere braunschweigische Finanzminister Dr. Kühenthal präsentiert, während die Nationalsozialisten den Landgerichtsrat Dr. jur. Anton Franzen in Kiel in Vorschlag bringen. Das Programm, das von den neuen Regierungsparteien aufgestellt wurde, enthält eine ganze Anzahl grundsätzlicher Forderungen, die vor allem auf Ersparnisse gerichtet sind. In erster Linie fordert der Bürgerblock eine genaue Nachprüfung der Frage, ob das Land Braunschweig noch als lebensfähig angesehen werden könne. Außerdem wird die Herabsetzung sämtlicher Gehälter der Gruppe „Einzelgehälter“ einschließlich der Ministergehälter um zehn Prozent gefordert. Nebenbezüge der Staatsbeamten sollen in Wegfall kommen. Weiterhin soll geprüft werden, ob ein sogenannter „Partei-buch-Beamter“ ohne Ruhegehalt entfernt werden kann und inwieweit die

Wiedereinführung ehrenamtlicher Tätigkeit.

insbesondere im Gemeindedienst, möglich ist. Das Ministerpensionsgesetz soll aufgehoben werden. Die Grundzüge für die Personalpolitik sollen im engsten Einvernehmen mit den Regierungsparteien aufgestellt werden. Von der früheren Regierung gemäßigter oder nicht berücksichtigte Beamte, die den Regierungsparteien nahesteht, sollen bevorzugt werden. Die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten soll um 33½ Prozent herabgesetzt werden.

Weitere Einsparungen werden auf anderen Verwaltungsgebieten vorgenommen. Das nationalsozialistische Programm begegnet sich in der Frage der allgemeinen Kostenverringering mit den Plänen des Bürgerblocks. Darüber hinaus erstreben die Nationalsozialisten die

Verbannung der marxistischen Geistes aus Unterricht und Erziehung

und die Bedienung eines kraftvollen deutschen Selbstbehauptungswillens. Im übrigen soll sich die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen.

Wachsende Einsicht in Amerika

New York. Ueber die Kriegsschuldfrage hat der bekannte amerikanische Schriftsteller und Historiker Kirby Page eine Umfrage gehalten. Von sämtlichen eingegangenen Antworten hält keine einzige Deutschland für allein schuldig am Weltkrieg. Am wertvollsten für die gegen früher gründlich revidierte amerikanische Auffassung über die Kriegsschuldfrage sind die Antworten, die Page von 100 der bekanntesten amerikanischen Geschichtsforscher erhalten hat. Von diesen sind 95 der Überzeugung, daß Deutschland nicht allein schuldig am Kriege ist; drei halten die Kriegsschuldfrage noch für ungeklärt, und die übrigen zwei haben es abgelehnt, in dieser Frage Stellung zu nehmen.

Page hat außerdem aus allen Teilen der Vereinigten Staaten noch 429 Antworten auf seine Umfrage erhalten. Unter diesen befinden sich Männer und Frauen aller Berufsstände, 215 Professoren, 36 Kollegspräsidenten, 58 Redakteure sowie 13 Offiziere des Heeres und der amerikanischen Marine. Von diesen Einsendern macht ebenfalls kein einziger Deutschland allein verantwortlich.

Hitler über seine Ziele.

New York. Die Sonntagsblätter des Hearst-Konzerns veröffentlichten in sehr großer Aufmerksamkeit einen Artikel Adolf Hitlers, der mit den Worten beginnt: „Möge die Welt sich nicht täuschen. Entweder wird Deutschland wieder eine freie Nation, oder es verzweifelt an der Zukunft und wird in die lodenden Arme des Bolschewismus getrieben.“ Die Verantwortung hierfür, so heißt es weiter, liege bei den Staaten, die Deutschland unmögliche Friedensbedingungen und untragbare Lasten aufgezogen hätten. Das Ergebnis der Reichstagswahl sei ein Signal für die naheende Empörung der deutschen Seele.

Die Nationalsozialisten forderten die Revision des Versailler Vertrages und des Young-Planes, die Rückgabe des polnischen Korridors und die Beseitigung der Kriegsschuldfrage.

Wenn Deutschland leiden müsse, dann sei es schon besser, daß es leiden auf sich nehme, indem es „Nein“ sage. Die Qualen unter dem „Ja“ erstreckten sich auf Generationen, das Dulden unter einem „Nein“ würde jedoch kürzer sein. Hitler gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß spätestens in eineinhalb Jahren Neuwahlen stattfinden würden. Er erwartet dann einen weiteren ungeheuren Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten, so daß sie nicht gewalttätige Maßnahmen zu ergreifen brauchten, um die Kontrolle über die Regierung zu erringen. „Wir denken an keinen Putsch. Die Wahl hat uns den Weg zur Macht gewiesen.“ Der Artikel schließt mit den Worten: „Ihr könnt Deutschland nicht zugrunde richten oder bolschewisieren und gleichzeitig glauben, daß das übrige Europa unversehrt bleibt. Mein Vertrauen zum deutschen Volke ist unbegrenzt, seine Freiheit mein Ziel.“

Veröffentlichung des Regierungsprogramms am Dienstag.

Berlin. Die Beratungen des Reichskabinetts über ein Gesamtprogramm wurden am Sonnabend zu Ende geführt. Die mehrtägigen eingehenden Verhandlungen führten zu einstimmigen Entschlüssen des Reichskabinetts. Eine öffentliche Verlautbarung der Reichsregierung über das Gesamtprogramm erfolgt im Laufe des Dienstag.

577 Reichstagsabgeordnete.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Reichstagswahl ergeben, daß die Zahl der gültigen Stimmen sich auf 34 956 723 erhöht hat. Die Gesamtzahl der Abgeordneten wird daher 577 statt 576 betragen. Das neue Mandat fällt den Kommunisten zu, wie somit mit 77 Abgeordneten vertreten sein werden.

Ein Wirtschaftsprogramm des Völkerbundes.

Genf. Der wirtschaftspolitische Ausschuß der Völkerbundversammlung hat einen eingehenden Bericht ausgearbeitet, der ein wirtschaftspolitisches Programm enthält. Der Bericht ist auf der Forderung nach enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit vor allem der europäischen Staaten aufgebaut. Er sieht darin den einzigen Weg zur Gesundung und Rettung der Wirtschaft. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles nennt der Bericht eine regionale wirtschaftliche Verständigung der einzelnen Wirtschaftsgruppen, Regelung der Zolltariffrage, Nationalisierung der Meistbegünstigungsklausel, Regelung des internationalen Kreditwesens und des Goldverkehrs.

Henderson über die Genfer Verhandlungen

London. Nach seiner Rückkehr aus Genf äußerte sich Außenminister Henderson über die Genfer Verhandlungen. Er rechnet zuversichtlich mit einer Fortsetzung der italienisch-französischen Flottenbesprechungen. Er persönlich lehne es ab, irgend etwas von den Einflüssen der deutschen Wahlen auf den Gang der Ereignisse gespürt zu haben. Italien und Frankreich ersuche er dringend, sich zu einigen, so daß die Vorbereitungen zur Weltabrüstungskonferenz ohne Verzögerung in Angriff genommen werden können.

Bemerkenswert ist Hendersons Zufriedenheit mit der Ernennung Sir Eric Drummonds zum Sekretär des Pan-europäausschusses.

Das Wichtigste

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Sonntag früh nach Reichsbach i. B. aufgestiegen, und nach einer Zwischenlandung nach Friedriehshafen zurückgekehrt, wo es um 19.05 Uhr glatt landete.

Der neue Nachbater Argentinien, General Uruburu, veröffentlicht einen überaus scharfen Angriff gegen den früheren Präsidenten Frigoyen. Uruburu deutet weiter an, daß Argentinien vielleicht in den Völkerbund zurückkehren werde.

In Buenos Aires sind Nachrichten aus Uruguay eingetroffen, daß die Regierung Schwierigkeiten habe, eine revolutionäre Bewegung zu ersticken.

In der Madrider Stierkampfarena fand eine Kundgebung der spanischen republikanischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten statt, auf der die Abdankung des Königs und die Ausrufung der Republik verlangt wurde.

Kranke Wirtschaft.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.

Die Fieberkurve der Reichsfinanzen. — 1 Milliarde Mark Gesamtsteuererlaß der Landwirtschaft. — Trotz Brotmangel Rußlands Getreideexport.

Mit äußerstem Befremden erinnerte man sich in der Reichsregierung, als das Defizit der Reichsregierung mit einer Milliarde bekanntgegeben wurde, der Ausführungen, die der Reichsfinanzminister Ende August hinsichtlich der Reichsfinanzlage vor der Presse gemacht hatte:

„Die Kassenlage ist durchaus befriedigend, und menschlichem Ermessen nach darf bestimmt angenommen werden, daß wir ohne Schwierigkeiten über die nächsten Monate hinwegkommen werden. Auch wenn man noch so pessimistisch rechnet, wird man die Verluste des Reiches im laufenden Haushaltsjahr auf etwa 300 Millionen Mark beziffern können, die den Haushalt nicht über den Haufen zu werfen vermögen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer ist eingezeichnet, so daß einer Gefahr von dieser Seite für die Kassen gleichfalls vorgebeugt worden ist.“

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Verluste des Reiches sich mehr als verdreifacht haben und daß die Einrechnung steigender Anforderungen der Arbeitslosenversicherung denn doch anscheinend nicht erfolgt ist. Denn wie wäre es sonst möglich, daß die Reichsregierung für Arbeitslosenversicherung auf Grund der geschätzten Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten jetzt erklärt, zunächst einmal mit einem Defizit von 400 Mill. M. rechnen zu müssen. Dieser Fehlbetrag muß laut gesetzlichen Bestimmungen zur Hälfte von seiten des Reiches als Zuschußbetrag gedeckt werden, die andere Hälfte ist von der Allgemeinheit aufzubringen. So wurde der Öffentlichkeit denn in diesen Tagen kund und zu wissen getan, daß der bisherige Pflichtbeitragsatz zur Arbeitslosenversicherung in Zukunft nicht mehr 4½, sondern 6½ Prozent betragen werde. Ohne Frage belastet diese neue Abgabe die Öffentlichkeit in nicht unbedenklicher Weise, aber was noch schlimmer ist als diese augenblickliche Belastung, ist die Aussicht, daß dieser Weg der Umlage öffentlicher Lasten auf die Allgemeinheit in diesem Winter fortgesetzt werden wird. Da nämlich mit einem Anwaschen der Arbeitslosenziffern und einer Erhöhung der Ausgaben für diese gerechnet werden muß, dementsprechend auch eine Verminderung der Einnahmen der Arbeitslosenversicherung eintritt, denn die Arbeitslosen fallen ja als Beitragszahler fort, so kann man die Bedenken verstehen, die sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer diesen ständigen Neubelastungen gegenüber haben. Gelingt es nicht endlich, die Arbeitslosigkeit bei ihrer Wurzel zu fassen — allein mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen ist es, wie wir schon, nicht getan —, so dürften die bisherigen Krisen nur einen leichten Aufstich zu den kommenden Dingen gebildet haben.

Wohin das Ueberspannen der öffentlichen, vor allem der steuerlichen Anforderungen an alle Wirtschaftskreise führt, das haben wir in den letzten Jahren zur Genüge an der deutschen Landwirtschaft gesehen. Tatsache ist, daß die Landwirtschaft sich bei den schlechten Preisen für ihre Waren und den hohen Steuer- und Sozialabgaben großenteils gezwungen gesehen hat, ihren Verpflichtungen durch Aufnahme von Krediten nachzukommen. Immer in der Erwartung, daß eine Besserung der Preise eintreten und damit die Möglichkeit für sie gegeben wäre, die erforderlichen Beträge aus dem Betriebe herauszuarbeiten! Diese Hoffnung ist getäuscht worden. Wie ernst die Lage der Landwirtschaft sich heute darstellt, geht am besten aus dem vom Statistischen Reichsamte angestellten Untersuchungen über die Befruchtung der Agrarkreise hervor. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen inzwischen ohne Frage eine Verschlechterung erfahren haben. Die Untersuchungen des Reichsamtes erstrecken sich nämlich bis auf die Zeit vom 1. Januar 1928. In der Zwischenzeit aber stützten die Preise